

INHALT

1. Editorial zum Themenschwerpunkt Service public
2. Zur Charakterisierung des Service public
3. Privatisierung des Service public in der Schweiz
4. Aktuelles zur Privatisierung in Europa
5. Denkkimpulse zur Debatte um den Service public
6. Sonstiges

1. Editorial

Liebes Denknetz-Mitglied, sehr geehrte LeserInnen,

Die Konflikte um die Legitimität, Bezahlbarkeit und Wirtschaftlichkeit öffentlicher Dienste begleiten uns nahezu täglich, ob es um die Sanierung von Schulen oder Strassen oder das Personal von Bund, Kantonen und Gemeinden geht. Doch beim „Kampffeld Service public“ geht es auch um grundlegende Fragen zur polit-ökonomischen Verfassung der Gesellschaft, wie wir sie erleben (müssen). Dabei könnte der Schein trügen, die Privatisierung des Sozialen schreite hierzulande weit weniger dramatisch voran als etwa in anderen europäischen Ländern. Dieser Denknetz-Infobrief beansprucht nicht, einen umfassenden und systematischen Überblick zur Debatte zu geben. Gesundheits- und Bildungswesen, Soziale Dienste, Verwaltung und Rechtspflege sind weitgehend ausgeklammert und werden in einem späteren Infobrief beleuchtet. In der vorliegenden Ausgabe soll vielmehr soll Exemplarisches, Anregendes und Symptomatisches vorgestellt werden.

Der nächste Infobrief wird Anfang Mai dem Thema Migrationspolitik gewidmet sein und von einer erweiterten Redaktion erarbeitet werden. Anregungen sind wie immer herzlich willkommen.

2. Zum Begriff des Service Public

Die Begriffsgeschichte des Service public ist stark von der französischen Debatte geprägt, die seit der Revolution von 1789 geführt wird. In diesem Kontext hat sich schon früh eine grobe Differenzierung zwischen zwei Polen ergeben, die dem Soziologen **Mario Schranz** zufolge auch und gerade heute noch das Feld Service public umreißen:



<http://www.sociologie.ch/users/resmarti/pdf/ServicePublicDebatte.pdf>

„Les services publics bezeichnet die konkreten Institutionen, die mit Leistungen im Interesse des Allgemeinwohls in Verbindung gebracht werden (Telekommunikation, Post, Wasserversorgung, etc.)“.

Kennzeichen dieser Leistungen sind die Prinzipien der Nicht- Ausschliessbarkeit sowie der Nichtrivalität. Nicht-Ausschliessbarkeit meint, dass die Leistungen allen Menschen zugänglich sein müssen und können. Nichtrivalität bedeutet, dass der Gebrauch einer Leistung durch eine Person, den Nutzwert dieser Leistung für eine andere Person nicht schmälert.

„Le service public bezeichnet ein Grundprinzip, das sowohl Staatstheorie, gesellschaftliche Ideologien oder aber auch die Fundamente von Rechtssystemen beschreibt: Handlungen im Modus des Allgemeinwohls, des öffentlichen Interesses, etc.“

Aus diesem Grundprinzip können wiederum konkrete Prämissen und Forderungen für die Praxis abgeleitet werden, wie dies beispielsweise auch im sogenannten „Universalitätsprinzip“ des Schweizer Bundesrats von 2004 zum Ausdruck kommt: Demnach umfasst der „Service public eine politisch definierte Grundversorgung mit Infrastrukturgütern und Infrastrukturdienstleistungen, welche für alle Bevölkerungsschichten und Regionen eines Landes nach gleichen Grundsätzen in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen sollen“ (zitiert n. Andres Frick, s.u.) Die Formulierung „politisch definierte Grundversorgung“ verweist jedoch darauf, dass dessen Verbindlichkeit stets aufs Neue erkämpft und in der Praxis durchgesetzt werden muss. Was dabei jedoch allzuoft vergessen wird – paradoxerweise gerade auch von Führsprechern eines Abbaus des Service public – ist die seine essentielle Bedeutung für das Funktionieren auch und gerade der kapitalistischen Ökonomie. In der volkswirtschaftlichen Literatur jedenfalls werden öffentliche Dienste als den Markt stabilisierende bzw. überhaupt erst ermöglichende Institutionen definiert.



Dieses Symbol verweist auf einen Text, der innerhalb des PDF Formats per Mausclick abgerufen werden kann.

Impressum: Redaktion: Holger Schatz. Der Infobrief erscheint ca. alle 8-10 Wochen. Ältere Ausgaben sind auf unserer Homepage abrufbar. ontakt: <mailto:newsletter@denknetz-online.ch>

Zur wirtschaftlichen Bedeutung des Service public hat die Ebenrain-Konferenz (ein lockerer Zusammenschluss der Gewerkschaften und Personalverbände der Schweiz) beim KOF eine Literatur-Studie in Auftrag gegeben. Diese Studie wertet verfügbare Untersuchungen des ökonomischen Mainstreams zur Wirtschaftlichkeit des Service public aus. Wichtigste Schlussfolgerungen: Entgegen der neoliberalen Theorie gibt es keine Korrelation zwischen Staatsquote und Wirtschaftswachstum (hohe Steuern beeinträchtigen also das Wachstum der kapitalistischen Wirtschaft nicht per se), und private Anbieter arbeiten nicht effizienter als öffentliche, obwohl sie in der Regel schlechtere Arbeitsbedingungen aufweisen. Eine Kurzdarstellung der Studie durch den Co-Autor **Andres Frick** findet sich im Denknetz-Jahrbuch 2006.

Die Auseinandersetzung um den Charakter des Service public hat sich in den vergangenen Jahren aufgrund ökonomischer Veränderungen verschärft. Die durch die neoliberale Politik erzeugte Knappheit der öffentlichen Finanzhaushalte hat die öffentlichen Dienste vielfach dazu bewegt, sich selbst zu mehrwert-schöpfenden Institutionen umzubauen. Stichworte hierfür sind PPP, Cross Border Leasing, New Public Management sowie Organisations-privatisierung (siehe unten). Der Philosoph und Privatisierungskritiker **Werner Rügemer** plädiert deshalb für eine engere Definition des Begriffs Service public „denn auch eine staatliche und öffentlich-rechtliche Organisationsform ist für privatkapitalistische Interessen offen und stellt keine Garantie für Gemeinwohl dar“. Die Voraussetzung für eine verbindliche Verfasstheit des Service public als eine bedarfsorientierte, gemeinwohlverpflichtete Ökonomie erfordere seine demokratische Steuerbarkeit, so **Beat Ringger** in seinem Aufsatz „Die demokratische Bedarfswirtschaft“.

3. Die Privatisierung des Service public in der Schweiz

Dem am 13.2. 2007 veröffentlichten Wachstumsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zufolge ist das Tempo einer notwendigen Marktöffnung in der Schweiz im Vergleich zur EU deutlich zu langsam. Die OECD empfiehlt der Schweiz deshalb insbesondere die rasche Liberalisierung des Strom-, des Gas- und des Postmarktes sowie ein Ende der Agrarsubventionen. Dies würde zu mehr Effizienz und tieferen Preisen führen.

Der Bericht dürfte Wasser auf die Mühlen jener bedeuten, die eine schnellere Liberalisierung der Schweizer Wirtschaft und eine Senkung der Staatsquote anmahnen. So leitet etwa das NZZ Folio 09/06 ihren Schwerpunkt „Privatisierung“ mit der Feststellung ein „Die Schweiz ist für Privatisierungen ein hartes Pflaster“.

Dass diese Klage nicht allein taktischer Natur ist, dürfte seit dem Ergebnis des Referendums gegen das **Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)** von 2002 klar sein, als sich eine Bevölkerungsmehrheit gegen eine weitere Liberalisierung des Schweizer Stromnetzes aussprach. (vgl. **Christine Goll**, Der Service public gehört allen, in: Denknetz Jahrbuch 2006).

Auch der Analyse des Soziologen **Mario Schranz** zufolge hat sich seit Ende 1990er Jahre aus der punktuellen Skepsis gegenüber einzelnen Fehlentwicklungen bereits vollzogener Privatisierungen ein intensiver Diskurs zur Bedeutung des Service public herausgebildet, im Zuge dessen eine gewisse „Delegitimation neoliberalen Leitbildes“ vollzogen wurde.

Doch wie sieht es konkret mit der Privatisierung des Service public, der öffentlichen Infrastruktur aus? Der Schweizerische Service public hat seit den 1990er Jahren vor allem in den Bereichen Post, Telekommunikation und Öffentlicher Verkehr eine enorme Privatisierungswelle erlebt. Zunächst wurden die **PTT** (Post-, Telefon- und Telegrafienbetriebe der Schweiz) umstrukturiert. Hervorgingen hieraus die **Post**, die zu 100% ein Staatsbetrieb blieb, sowie die **Telecom AG**, der heutigen, börsenkodierten **Swisscom**, bei der der Bund Mehrheitseigner des Aktienkapitals ist (was von rechtsbürgerlicher Seite jedoch in Frage gestellt wird).

Mit Ausnahme des Brief- und Pakettransportes bis 2kg steht die Post heute im Wettbewerb auf dem wachsenden Finanz- und Transportdienstmarkt. Bereits 2002 musste der SGB konstatieren, „dass der Postwettbewerb nicht sinkende sondern – wegen dem Wegfall der Quersubventionen – steigende Tarife gebracht hat. Der Kostendruck führt zudem zu Personal- und Dienstleistungsabbau (u.a. Poststellen-Abbau). Die Post muss heute gewinnbringend arbeiten“. Im Jahre 1997 noch waren die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei optimistisch gewesen, die Liberalisierung der **PTT** konstruktiv und sozialverträglich gestalten zu können und verzichtete auf die Unterstützung des Referendums gegen die vier Gesetzesvorlagen zur PTT-Reform.

Im Jahre 2003 beschloss die Post mit dem



http://www.oecd.org/document/8/0,2340,en_2649_37451_3788_2632_1_1_1_3745_1,00.htm



<http://www.denknetz-online.ch/index.php?act=Attach&type=post&id=437>

Mario Schranz (2005): Die Problematisierung des Service public in der Schweiz – Der Anfang vom Ende des neoliberalen Gesellschaftsmodells?, in: Kurt Imhof, Thomas S. Eberle (Hg.): Triumph und Elend des Neoliberalismus, Zürich.



<http://www.sgb.ch/d-download/standpunkte/Pp-3-servicepublic-d.doc>

vgl. hierzu: **Attac Schweiz** (2005): Service public. Perspektiven jenseits der Privatisierung, Zürich.



<http://www.denknetz-online.ch/index.php?act=Attach&type=post&id=410>



<http://www.werner-ruegemer.de/>



<http://www.denknetz-online.ch/index.php?act=Attach&type=post&id=401>



[http://www-w.post.ch/de/pv_y_mago.htm](http://www.w.post.ch/de/pv_y_mago.htm)



<http://www.sgb.ch/uploads/files/ymago2.pdf>



http://www.sev-online.ch/de/info/lugblaetter/2006/2006_12_20_FB.php



http://www.ecoplan.ch/main/dl-center.php?link=http://www.ecoplan.ch/download/gvs_ber_de.pdf



<http://www.dievolkswirtschaft.ch/e/editio ns/200611/pdf/Widmer-Weber.pdf>



http://www.sgb.ch/download/070105_rolf_zimmermann.pdf

Projekt **Ymago** ihr Poststellennetz bis 2008 umzubauen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) befürchtet, dass in diesem Zusammenhang weitere Arbeitsplätze und Dienstleistungen abgebaut sowie Löhne gesenkt werden. Auch bei der **Swisscom** reissen die Privatisierungsbemühungen nicht ab. Es steht zu befürchten, dass weitere Angleichungen an die konkurrierenden Telecomanbieter durchgesetzt werden, und zwar zu Lasten der Beschäftigten und der im Swisscom-GAV geregelten Arbeitsbedingungen. Ähnlich wie die Post hat auch die **SBB** als Staatsbetrieb in den letzten Jahren seit der Bahnreform 1 im Jahre 1999 erhebliche Reorganisationen durchlaufen, die zu einem massiven Stellenabbau trotz steigendem Aufkommen des Personen- und Güterverkehrs führte. In den jüngsten GAV Verhandlungen mit der SBB und SBB Cargo konnten nur durch massive Mobilisierungen weitere Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen verhindert werden. Wie erwähnt ist der Schweizerische **Strommarkt** auch aufgrund des klaren Votums der Bevölkerung an der Urne 2002 bislang von Deregulierungen weitgehend verschont geblieben. Hierfür spielt sicherlich auch der internationale Trend einer zunehmenden Skepsis gegen Stromliberalisierungen eine Rolle (vgl. Attac Schweiz 2005, s.o.)

Aktuelles

Im Jahre 2003 erschien eine Grundlagenstudie, in der die öffentliche Infrastruktur der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern konkret in Zahlen dargestellt ist und die damit – ohne dass dies explizit gefordert wurde - das zukünftige Privatisierungspotential auslotet. Nach Ansicht des Bundesrates existiert weiterhin ein erheblicher Nachholbedarf bei der Privatisierung von Bundesaufgaben. Dies kommt jedenfalls im sogenannten **Corporate-Governance-Bericht** vom 13. September 2006 zum Ausdruck, mit dem „einheitliche Grundsätze für die Auslagerung und Steuerung von Bundesaufgaben geschaffen“ werden sollen. Laut **Rolf Zimmermann** vom SGB verkennt der Bundesrat darin „die volkswirtschaftlich strategische Bedeutung öffentlicher Infrastrukturen, die in Zukunft noch zunehmen wird. Das WEF-Rating – sicher nicht gerade gewerkschaftsnah – hat 2006 der Schweiz nur dank ihren sicheren Infrastrukturen höchste Standortqualität zugebilligt. Der Bundesrat erachtet aber ausgerechnet bei den wichtigsten Versorgungen von Post, Bahn und Telecom den Steuerungsbedarf als niedrig, wo Qualität, Versorgungssicherheit, technologischer Fortschritt und Zuverlässigkeit für

die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger zentral sind und die nötigen öffentlichen Leistungen von einer hohen Investitionsbereitschaft abhängen und der Charakter des Service public offensichtlich ist.“

PPP - Public Private Partnership

Während in den meisten europäischen Ländern Kooperationsprojekte zwischen Unternehmen und öffentlicher Hand sich zum massgeblichen Hebel der Privatisierung entwickeln – ist hierzulande die Diskussion um PPP noch schwach ausgeprägt. Im Auftrag von Partnern aus Wirtschaft und Verwaltung wurde 2004/05 eine 4Grundlagenstudie erarbeitet. Aufgezeigt wird darin „welche Nutzenpotenziale durch PPP in der Schweiz vorhanden sind und was es braucht, um PPP auch bei uns sinnvoll umzusetzen“.

Gats-freie Zone Schweiz

Dass Gats (*General Agreement on Trade in Services*) ist ein internationales, multilaterales Vertragswerk der Welthandelsorganisation (WTO), das den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen regelt und auf dessen fortschreitende Liberalisierung zielt. Die Initiative Gats-freie Zone Schweiz hat kürzlich die zweite Ausgabe des Bulletin Gats-Zette veröffentlicht.

Druck auf die Arbeitsbedingungen

Dass Privatisierung die Arbeitsbedingungen in aller Regel massiv verschlechtert ist eine Erfahrung die nicht nur ArbeiterInnen und Angestellte in privatisierten Betrieben, sondern auch im öffentlichen Dienst machen, der zunehmend nach den Prämissen der sogenannten „**Organisationsprivatisierung**“ reorganisiert wird. Der Begriff bezeichnet nach **Alessandro Pelizzari** „Ökonomisierungsstrategien, welche die öffentlichen Dienste im engeren Sinn sowie die klassischen "hoheitlichen" Kernbereiche staatlicher Tätigkeit betreffen. Betriebswirtschaftliche Normen und privatwirtschaftliche Arbeitsverhältnisse werden eingeführt, ohne dass sich an den Eigentumsverhältnissen etwas ändert“. Vergleiche hierzu auch die Erklärung von **Paul Rechsteiner**, Präsident des SGB.

4. Privatisierung in Europa

In einer Studie kommen **Barbara Dickhaus** und **Kristina Dietz** zum Ergebnis, „dass Kommerzialisierung, Liberalisierung und Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen in den meisten Fällen zu Monopolbildungen privater Unternehmen, zu Stellenabbau, Schwächung der Gewerkschaften, zu sozialräumlicher Polarisierung, zur Entsolidarisierung gesellschaftlicher Strukturen, zur "Privatisierung



http://www.pppschweiz.ch/files/Publikationen/PPP_in_der_Schweiz_Broschuere_d.pdf



<http://www.schweiz.attac.org/IMG/pdf/GATS-ETTE2DE.pdf>



<http://www.socialinfo.ch/cgi-bin/dicopossode/show.cfm?id=477>



http://www.sgb.ch/download/060606_paul_rechsteiner.pdf



<http://www2.weed-online.org/uploads/EU-Studie-Privatisierung-DL-final.pdf>

der Macht" und zum Verlust von öffentlicher Kontrolle geführt haben.

Cross Border Leasing

Seit 1995 haben hunderte Städte und öffentliche Unternehmen in Deutschland und Europa ihre Grossanlagen wie Klär- und Wasserwerke, Strassenbahnen, Schienennetze, Kanalisationen, Schulen und Messehallen an US-Investoren verkauft und zurückerkauft, sich in dem Glauben wiegend, auf diese Weise Geld zu sparen. **Werner Rügemeier** legt in seinem Buch „Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz“ die bisher geheimen Vertragsinhalte erstmalig offen. Die Städte, die alle Risiken der 99 Jahre laufenden Verträge übernehmen, erhalten anfangs einen "Barwertvorteil" in Millionenhöhe, geraten aber in die Gefahr vollständiger Enteignung. Durch die Verträge werden sie zu Akteurinnen einer immer weitergehenden Verschuldung, deren Opfer sie selbst sind. Dem kurzfristigen Vorteil stehe ein langfristiger Nachteil wesentlich grösseren Ausmasses gegenüber.

Gesundheitswesen in Deutschland

In Berlin werden seit Jahren öffentliche Spitäler privatisiert, in diesem Fall durch die Privatgesellschaft Vivantes. Die Folgen für die Arbeitsbedingungen sind drastisch: Gehetztes, abgearbeitetes Pflegepersonal, überlastete ÄrztInnen, Zivildienstleistende, die im Laufschrift den Transportdienst bewerkstelligen müssen. Doch Vivantes steht auch für neue Formen der Organisierung, die zum Teil jenseits der Dienstleistungsgewerkschaft verdi entsteht.

Der Verkauf öffentlichen Wohneigentums

Mehr als 500 000 Wohnungen in Deutschland gehören inzwischen amerikanischen und britischen Investoren. Der bislang spektakulärste Deal vollzog sich am 10.3.2006, als die Stadt Dresden 48 000 Wohnungen für 1,7 Milliarden Euro an den Investor Fortress verkaufte und damit auf einen Schlag schuldenfrei wurde. Bis 2010 werden Finanzinvestoren nach Schätzungen der Unternehmensberatung Roland Berger für 20 Milliarden Euro rund eine Million weitere Wohnungen kaufen, die Deutsche Bank rechnet sogar mit einem Potenzial von 100 Milliarden Euro. Das Geld stammt aus amerikanischen Pensionsfonds oder von wohlhabenden Anlegern. Mit Spannung wurde deshalb im November 2006 landesweit der Ausgang des Bürgerentscheides in Freiburg i. Br. abgewartet. Der Grüne Oberbürgermeister Dieter Salomon war mit Plänen vorgeprescht, fast den kompletten Bestand der 9000 städtischen Wohnungen zum Verkauf auszuschreiben. Es gebe keine Alternative

zu diesem Schritt, da die Stadt pleite sei und dringend in die Sanierung von Schulen investiert werden müsse und soziale und kulturelle Initiativen andernfalls nicht mehr gefördert werden können. Letztlich hat sich eine deutliche Mehrheit der Stimmberechtigten gegen den Verkauf gewendet. Dennoch lassen die Auseinandersetzungen vor dem Referendum deutlich die Konturen neuartiger Konfliktlinien sichtbar werden. Zu den Befürwortern der Privatisierung des sozialen Wohnungsbestandes zählten nämlich grosse Teile des linksliberalen und grün-alternativen Milieus, aus welchem die Initiative „Zukunft für Freiburg“ entsprang.

5. Denkipulse zur Debatte um den Service public

Die Gefahr eines weiteren Abbaus des Service public birgt die Gefahr, aus einer Verteidigungshaltung heraus zu verkennen so **Beat Ringger** (s.o), dass „staatliche Leistungserbringung nicht per se gut (ist). Sie muss durch demokratische Steuerung und Kontrolle gesichert werden. Sie muss gegen Korruption verteidigt und vor manchen Eigeninteressen der Erbringer geschützt werden“. Ähnlich argumentiert die Soziologin **Christiane Schneider** von der Linkspartei. PDS Hamburg in ihrem Aufsatz. Analog zum neoliberalen Leitbild marktrational handelnder Individuen sei auch „der Konzeption der öffentlichen Güter und ihrer Struktur, wie wir sie vorfinden“, so Schneider, „eine ganz bestimmte Vorstellung von gesellschaftlichem Dasein eingeschrieben. Deshalb kann es nicht einfach darum gehen, Angriffe, mit denen wir in Gestalt von Privatisierung konfrontiert sind, abzuwehren oder die Ausweitung staatlichen Eigentums einzufordern, als seien Staat und staatliches Eigentum der Inbegriff menschlicher Vergesellschaftung“.

6. Sonstiges

- ▶ JA zur sozialen **Einheitskrankenkasse** am 11. 3. 2007. Dossier von **Natalie Imboden**
- ▶ 2. Internationale Fachtagung **Health Inequalities**. Determinanten und Mechanismen gesundheitlicher Ungleichheit, 8./9. 6. 2007 in Bielefeld
- ▶ Call for Papers: **Transformationen des Sozialen** – wohin entwickelt sich die Soziale Arbeit?. Erster internationaler Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziale Arbeit SGSA vom 6. – 8. März 2008



<http://www.wohnen-ist-menschenrecht.de/>



<http://www.zukunft-fuer-freiburg.de/>

„Zur strukturierenden Gewalt öffentlicher Güter“ in: *Analyse und Kritik*, 508



<http://www.akweb.de/>

vgl. auch die Debatte um das Konzept der **Sozialpolitik als Infrastruktur**



http://www.links-netz.de/rubriken/R_infrastruktur.html



http://www.sgb.ch/download/0612_45_Ja_zur_sozialen_Sicherheit_dt.pdf



http://www.unibielefeld.de/gesund_hw/health-inequalities/



Call for Papers: http://www.sgssa-ssts.ch/SGSA_SST_S/pdf/Call_2008_dt.pdf



<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/22/22880/1.html>



<http://jungle-world.com/seiten/2006/39/8530.php>



<http://www.gesundundmunter.tk/>